Klimawandel, Hitze und Gesundheit: Stand der gesundheitlichen Hitzevorsorge in Deutschland und Unterstützungsbedarf der Bundesländer und Kommunen

Climate change, heat and health: Status of heat prevention in Germany and need for support of federal states and municipalities

THERESA KAISER,
CHRISTIAN KIND,
LEONIE DUDDA,
KIRSTEN SANDER

ZUSAMMENFASSUNG

Während der Bund für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels den Rahmen vorgibt, liegt die Umsetzung konkreter Anpassungsmaßnahmen häufig in der Zuständigkeit der Kommunen. Dies gilt auch für den Bereich Hitze und Gesundheit. Gerade in Städten ist die Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit durch den sogenannten Hitzeinseleffekt besonders groß. Die vergangenen Hitzesommer haben gezeigt, dass hier enormer Handlungsbedarf besteht. Eine im Mai/Juni 2020 durchgeführte Online-Befragung von Ländern und Kommunen liefert erste Erkenntnisse dazu, wie gut Kommunen in Deutschland bereits auf extreme Hitzeereignisse vorbereitet sind und welche Maßnahmen bereits umgesetzt werden.

ABSTRACT

While the federal government provides the framework for adaptation to the consequences of climate change, the implementation of concrete adaptation measures is usually in the hands of the municipalities. This also applies to the area of public health. The impairment of human health by the so-called heat island effect is particularly severe in cities. The past hot summers have shown that there is an enormous need for action in this area. An online survey of states, districts and municipalities conducted in May/June 2020 provides initial findings on how well municipalities in Germany are already prepared for extreme heat events and which measures are already being implemented.

KLIMAWANDELANPASSUNG ALS GEMEINSCHAFTS-AUFGABE

Die Anpassung an den Klimawandel ist eine Gemeinschaftsaufgabe – dies gilt auch für den Bereich Hitze und Gesundheit. Bund, Länder, Kommunen und nichtstaatliche Akteure sind hier gefragt. Der Bund gibt dabei den Rahmen vor, zum Beispiel mit der Deutschen Anpassungsstrategie von 2008 (Bundesregierung 2008) sowie den Fortschrittsberichten 2015 und 2020 und den dazugehörigen Aktionsplänen (Bundesregierung 2015 und 2020). Da die Folgen des Klimawandels aber nicht überall in Deutschland gleich sind, müssen bei der Anpassung regionale und lokale Gegebenheiten berücksichtigt werden. Deshalb erfolgt Anpassung in Deutschland nach dem Subsidiaritätsprinzip: Maßnahmen sollen auf der am besten dafür geeigneten Ebene umgesetzt werden. So gibt der Bund zwar den Rahmen vor, die Umsetzung konkreter Aktivitäten liegt aber größtenteils in der Zuständigkeit und Verantwortung der Kommunen. Dies gilt auch für den Bereich Hitze und Gesundheit. Gerade in Städten ist die Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit durch den sogenannten Hitzeinseleffekt besonders groß. Die jüngsten Hitzesommer der Jahre 2018 bis 2020 haben gezeigt, dass enormer Handlungsbedarf besteht.

Quelle: MichaelGaida / pixabay.com.

Doch wie gut sind Kommunen in Deutschland auf extreme Hitzeereignisse vorbereitet? Welche Maßnahmen werden bereits umgesetzt? Und wie schätzen die Kommunen selbst ihre Betroffenheit gegenüber extremer sommerlicher Hitze ein?

METHODIK

Um diese Fragen zu beantworten, führten die Projektnehmer (adelphi gGmbH, Berlin, Fachhochschule Fulda) im Mai/Juni 2020 eine bundesweite Online-Befragung unter den Bundesländern, Landkreisen, Städten und Gemeinden in Deutschland durch. Die Befragung wurde per E-Mail an 724 Adressen geschickt, davon 393 Gesundheitsämter auf allen Verwaltungs-Ebenen, 132 Umweltamtsleitungen von Groß- und Mittelstädten, 178 Umwelt- und Klimaverantwortliche der Landkreise sowie an die 21 Mitglieder des Bund-/Länder-Behördendialogs „Gesundheit im Klimawandel“, dem Nachfolgegremium der gemeinsamen Bund/Länder Ad-hoc Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ (GAK). Darüber hinaus wurde die Umfrage über Newsletter und Social-Media-Kanäle beworben (Newsletter und Webseite Deutscher Städte- und Gemeindebund, Newsletter und Webseite der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen Düsseldorf, Tweets von adelphi und BMU, Facebook-Posts von adelphi, UBA-Webseite).

Nach Bereinigung des Datensatzes (Entfernung von nicht-vollständig ausgefüllten Fragebögen, Entfernung von Doppelantworten) waren insgesamt 116 Fragebögen auswertbar.

Einschränkung: Die Angabe des Namens von Land, Kreis und Gemeinde war freiwillig. Deshalb können nicht alle Doppelantworten definitiv identifiziert werden. Es gab vereinzelt auch Städte, aus denen zwei Personen aus zwei unterschiedlichen Verwaltungseinheiten geantwortet haben (z. B. eine Person aus dem Gesundheitsamt und eine Person aus dem Umweltamt). Hier wurden beide Antworten gezählt.

Des Weiteren fiel der Zeitraum der Daten-Erhebung in die erste Phase der COVID-19-Pandemie. Die Verfügbarkeit der Hauptzielgruppe der Befragung (Personen aus Gesundheitsämtern und Personen aus der Kommunalverwaltung) war deshalb stark eingeschränkt. Der Rücklauf der Online-Befragung ist vor diesem besonderen Hintergrund zu bewerten.

Von den 116 Antworten sind 23 aus den Bundesländern, 59 von Städten und Gemeinden (davon 45 aus Großstädten über 100.000 Einwohner) und 34 von Landkreisen. Etwa 32 Prozent der Antwortenden ordneten sich selbst dem Gesundheitsbereich zu, circa 70 Prozent dem Umweltbereich (inklusive Klimaschutz- und Anpassungsmanagement), weitere Antworten kamen aus den Bereichen Planung und Bauen, von Stabsstellen und Bürgermeisterämtern sowie aus dem Bereich Jugend-/Seniorenarbeit. Mehrfachzuordnungen waren hier möglich. Räumlich gesehen kamen die meisten Rückmeldungen aus Nordrhein-Westfalen (23), gefolgt von Baden-Württemberg (14), Hessen (12) und Bayern (11). Nur je ein auswertbarer Fragebogen liegt aus Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und dem Saarland vor. Diese auf den ersten Blick ungleiche Verteilung relativiert sich mit einem Blick auf den Bevölkerungsanteil der Bundesländer. So liegen beispielsweise aus NRW die meisten Antworten vor (knapp 20 Prozent), allerdings leben auch 21 Prozent der Bevölkerung Deutschlands in diesem Bundesland.

WAHRNEHMUNG UND VERANKERUNG DES THEMAS HITZE UND GESUNDHEIT

Wie auch auf Bundesebene ist das Thema Hitze und Gesundheit in Bundesländern und Kommunen ein Querschnittsthema, mit dem sich sowohl Umwelt- als auch Gesundheitsressorts befassen. Auf Ebene der befragten Bundesländer liegt die Federführung oft beim Gesundheitsministerium, in Städten und Gemeinden hingegen bei jeder zweiten Stadt im Umweltamt. Auch Klimaschutz- und Anpassungsbeauftragte haben auf kommunaler Ebene oft die Federführung für das Thema (bei 27 % der teilnehmenden Städte und Gemeinden, in 44 % der teilnehmenden Landkreise). Während auf Bundesländerebene hauptsächlich Umwelt- und Gesundheitsämter am Thema arbeiten, sind auf kommunaler Ebene teilweise Stadtplanungs- und Grünflächenamt, aber auch der Bau-, Energie- und Gebäudebereich involviert. In einigen der befragten Länder und Kommunen wurden auch gesonderte Stabsstellen eingerichtet, die das Thema bearbeiten.

Ungeachtet der Federführung wurden die Teilnehmenden nach dem Stellenwert des Themas Hitze und Gesundheit innerhalb ihres Bundeslandes/ihrer Kommune gefragt. Dafür wurde bei der Befragung zwischen dem Stellenwert bei politischen Entscheidungen und dem Stellenwert beim Verwaltungshandeln unterschieden. Die Befragten konnten den Stellenwert auf einer gestaffelten Skala angeben: 0 = Thema spielt keine Rolle, 1 = Thema wird diskutiert, 2 = Thema wird bei Entscheidungen in einem Handlungsbereich (z. B. Umwelt oder Gesundheit oder Stadtplanung) berücksichtigt, 3 = Thema wird bei Entscheidungen in vielen Handlungsbereichen (z. B. Umwelt, Stadt- und Bauleitplanung, Gesundheit, Grünflächenamt usw.) einbezogen.

Die Auswertung zeigt, dass das Thema Hitze und Gesundheit sowohl auf Bundesländer- als auch auf kommunaler Ebene in Politik und Verwaltung angekommen ist.

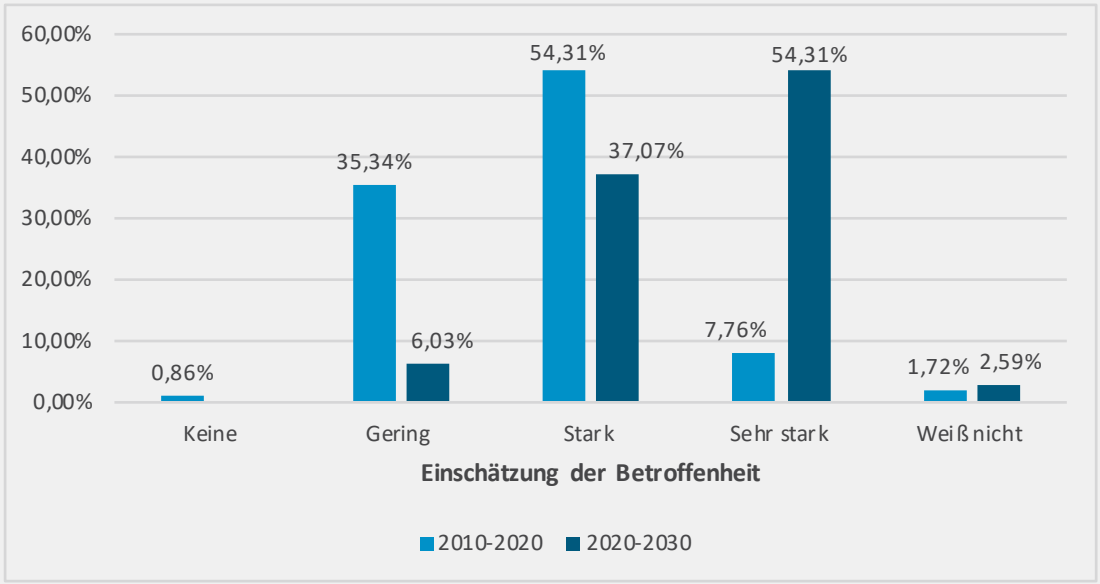
Während auf Bundesländerebene das Thema bei über der Hälfte der Befragten bereits bei politischen Entscheidungen berücksichtigt wird, ist auf kommunaler Ebene der Stellenwert vor allem beim Verwaltungshandeln hoch. 68 Prozent der befragten Kommunen gaben an, dass das Thema beim Verwaltungshandeln in mindestens einem Handlungsbereich einbezogen werde. In der Politik hingegen steckt das Thema bei fast der Hälfte der Städte und Gemeinden noch in der Diskussion fest (bei 47 Prozent) und wird weniger bei Entscheidungen berücksichtigt. Auf Ebene der Landkreise spielen Hitze- und Gesundheitsthemen im Vergleich zu Bundeländern, Städten und Gemeinden eine geringere Rolle. 21 Prozent der befragten Landkreise gaben an, das Thema spiele in Politik (und 18 Prozent in Verwaltung) keine Rolle.

Hier drängt sich die Frage nach den Gründen für die unterschiedliche Gewichtung des Themas in den Bundesländern und Kommunen auf. Ist der Stellenwert in bereits betroffenen Ländern und Kommunen gegebenenfalls höher als bei denen, die bisher noch kaum von Hitzewellen betroffen waren?

Um diese Frage zu beantworten, wurden die Befragten nach einer Einschätzung der Betroffenheit ihrer Kommune (ihres Bundeslandes) durch Hitze befragt. Die Analyse zeigt: Wenn die Betroffenheit von den Befragten als hoch eingeschätzt wird, wird das Thema (sowohl in Politik als auch in der Verwaltung) eher berücksichtigt oder diskutiert. Dennoch gibt es Antwortende, bei denen das Thema trotz hoher Betroffenheit keine Rolle in Politik oder Verwaltung spielt.

Die Befragten wurden gebeten, die Betroffenheit ihrer Kommune/ihres Bundeslandes hinsichtlich Beeinträchtigungen der menschlichen Gesundheit durch extreme sommerliche Hitze sowohl für die letzten zehn Jahre (Vergangenheit) als auch für die nächsten zehn Jahre, bis 2030 (Zukunft) einzuschätzen (ABBILDUNG 1). Während nur knapp acht Prozent der Befragten die Betroffenheit ihres Bundeslandes/ihrer Kommune in der Vergangenheit als sehr stark einschätzen, sind es beim Blick in die Zukunft über die Hälfte (54 %), die von einer künftigen sehr starken Betroffenheit ausgehen.

ABBILDUNG 1
Einschätzung der Betroffenheit in Vergangenheit und Zukunft (n=116).



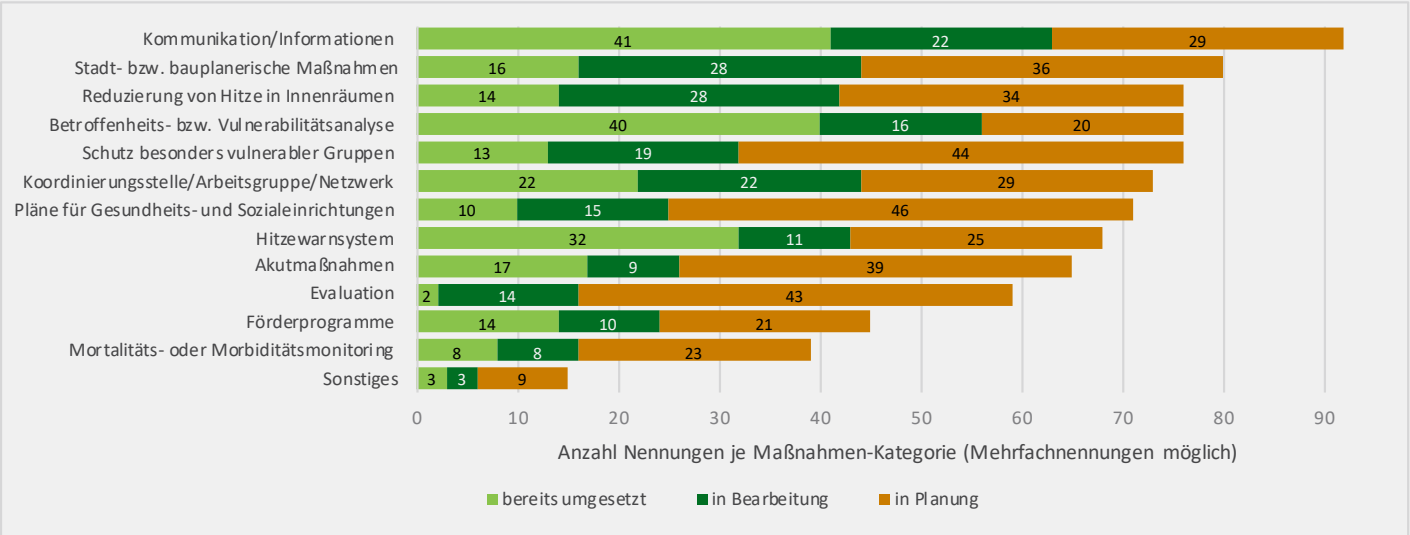
BEREITS UMGESETZTE MASSNAHMEN ZUM UMGANG MIT HITZE

Die Auswertung der Online-Befragung zeigt deutlich, dass die große Mehrheit der befragten Kommunen bereits begonnen hat, Maßnahmen im Themenbereich Hitze, Gesundheit und Klimawandel umzusetzen (ABBILDUNG 2). Dies deckt sich mit den Einschätzungen einer Datenbank- und Internetrecherche, die im Vorfeld dieser Online-Befragung durchgeführt wurden (Blättner et al. 2020). 80 Prozent der Befragten gaben an, dass in ihrem Bundesland/Landkreis/Stadt mindestens eine Maßnahme zum Thema Hitze und Gesundheit umgesetzt wurde oder in Bearbeitung ist. Am wenigsten aktiv ist bisher die Ebene der Landkreise – 44 Prozent der befragten Landkreise gaben an, dass noch keine Maßnahmen umgesetzt wurden. In der Gruppe der Städte und Gemeinden sind es nur 14 Prozent, die noch keine Maßnahmen umsetzen, und auf Ebene der Bundesländer werden bereits überall Maßnahmen umgesetzt.

Besonders aktiv sind die befragten Länder und Kommunen in der Umsetzung von Kommunikations- beziehungsweise Informationsmaßnahmen. Dabei handelt es sich oft um niedrigschwellige, leicht umzusetzende Kommunikationsmaßnahmen. Viele Städte listen beispielsweise auf ihren Webseiten Tipps zum richtigen Verhalten bei Hitze für ihre Bürgerinnen und Bürger auf.

Bei den Maßnahmen, die bereits umgesetzt wurden, belegen die Betroffenheits- beziehungsweise Vulnerabilitätsanalysen Platz zwei mit 40 Nennungen. Oft werden solche Betroffenheitsanalysen im Rahmen der Erstellung von Anpassungskonzepten durchgeführt (z. B. in der Landeshauptstadt Düsseldorf 2017) und adressieren mehrere Klimafolgen (etwa Starkregen und Hitze). Die Ergebnisse werden meist in Form von Karten veröffentlicht (bspw. Hitzebelastungskarte Wuppertal; Online-Karte: https://www.wuppertal.de/microsite/klimaschutz/klimawandel/klimawandel.php). Gerade in Bearbeitung sind in vielen Kommunen stadt- beziehungsweise bauplanerische Maßnahmen und Maßnahmen zur Reduzierung von Hitze in Innenräumen. Weniger getan wird hingegen

ABBILDUNG 2
In welchen Bereichen wurden Maßnahmen bereits umgesetzt bzw. sind in Bearbeitung oder in Planung.



in den Bereichen Monitoring und Evaluation (z. B. Mortalitätsmonitoring oder Evaluation von Maßnahmen).

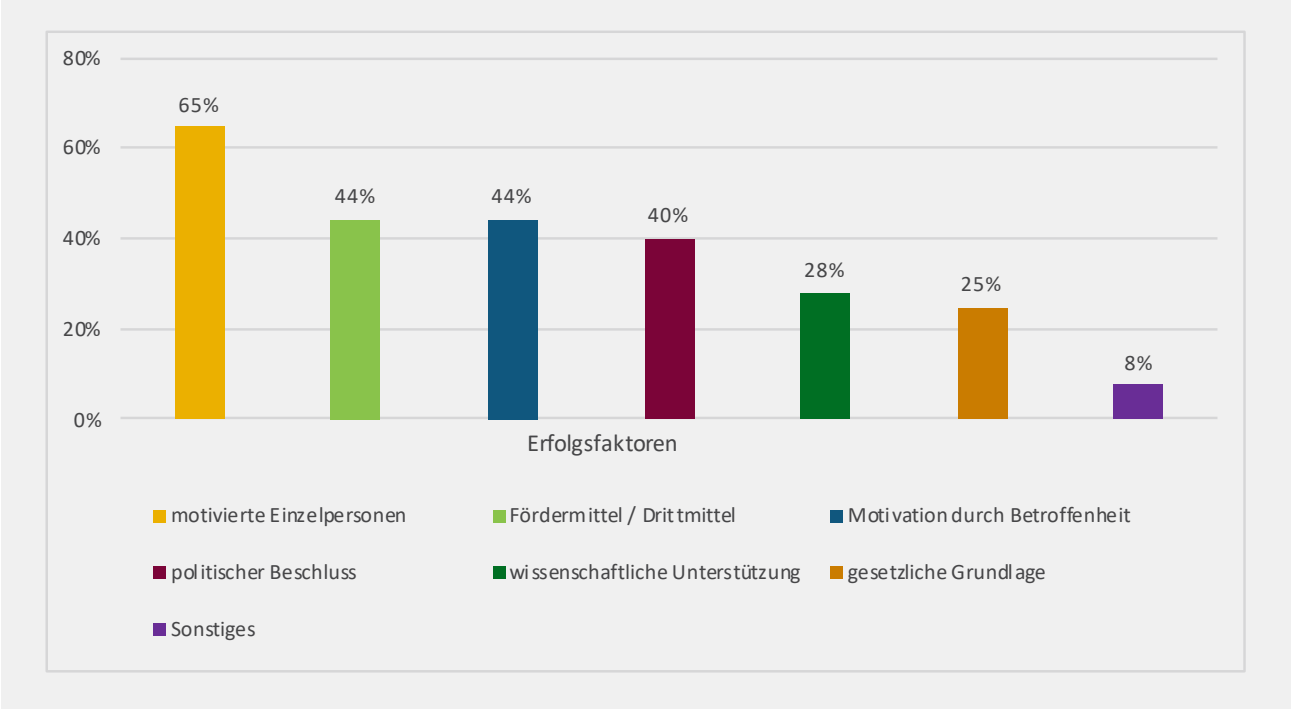
Auffällig ist allerdings auch, dass die in ABBILDUNG 2 orange dargestellten Balken „Maßnahmen in Planung" für alle Maßnahmenbereiche sehr lang sind. Auch in Bereichen, in denen gerade noch vergleichsweise wenig umgesetzt wird, sind also Maßnahmen in der Planung. Dies lässt den Schluss zu, dass es bei dem Thema eine hohe Dynamik gibt und sich die Kommunen hier nach und nach auf den Weg machen, entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

Die Analyse der Antworten zeigt zudem, dass die wahrgenommene Betroffenheit die Umsetzung von Maßnahmen beeinflusst. Dort, wo die Betroffenheit (sowohl in der Vergangenheit als auch in der Zukunft) als stark beziehungsweise sehr stark eingeschätzt wird, wurde auch häufiger mindestens eine Maßnahme umgesetzt bzw. ist in Bearbeitung. In der Gruppe derer, die ihre Betroffenheit in der Zukunft als gering einschätzen, ist der Anteil derer, die noch keine Maßnahme umgesetzt haben, besonders hoch. Außerdem zeigt die Analyse: je höher der Stellenwert des Themas Hitze und Gesundheit in Politik und Verwaltung ist, desto häufiger wird in den jeweiligen Ländern/Kommunen mindestens eine Maßnahme umgesetzt oder aktuell bearbeitet.

ERFOLGSFAKTOREN UND HEMMNISSE

Sowohl die wahrgenommene Betroffenheit als auch der Stellenwert des Themas in Politik und Verwaltung scheinen die Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz der menschlichen Gesundheit vor Hitze in Ländern und Kommunen zu beeinflussen. Doch welche Faktoren spielen noch eine Rolle? Was sind Erfolgsfaktoren und was Hemmnisse, wenn es um die Umsetzung von Maßnahmen geht? Länder und Kommunen wurden zunächst nach einer rechtlichen Grundlage für ihr Verwaltungshandeln im Bereich Klimawandel und Gesundheit gefragt und daran anschließend gebeten, Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei der Umsetzung von Maßnahmen zu benennen (ABBILDUNGEN 3 UND 4).

ABBILDUNG 3
Erfolgsfaktoren bei der Umsetzung von Maßnahmen (n=93, Mehrfachnennungen möglich).



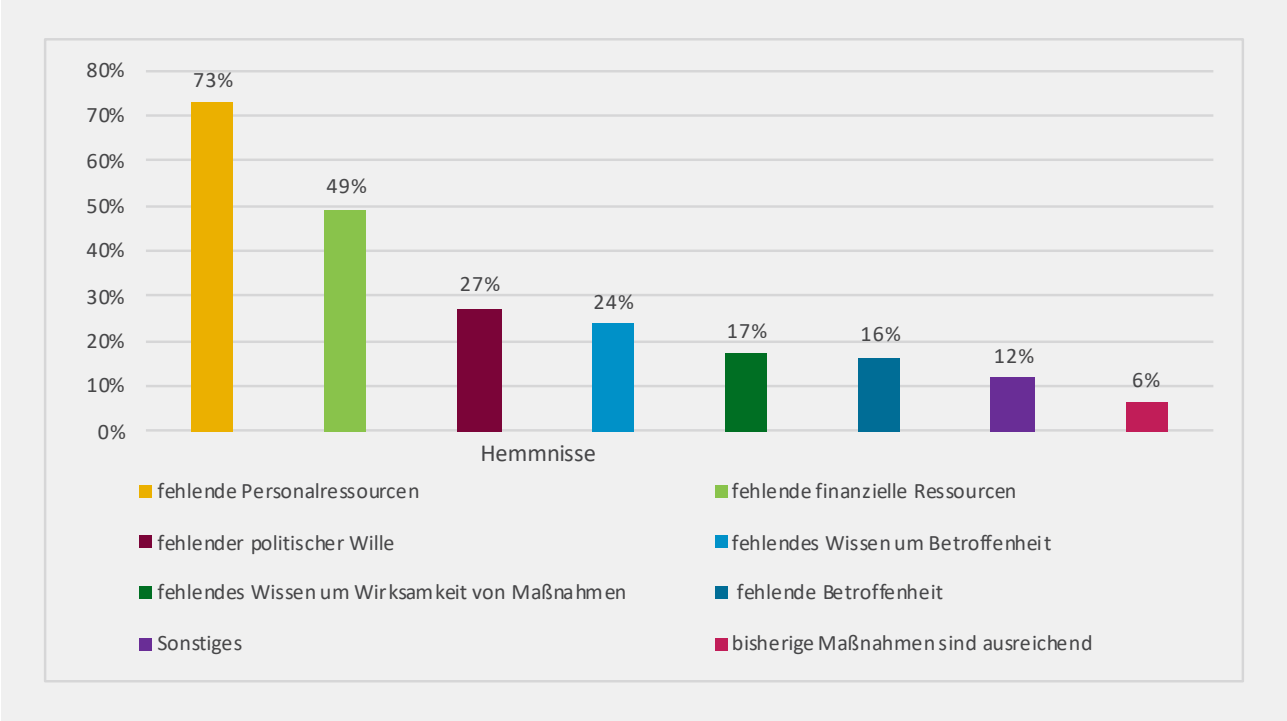


ABBILDUNG 4
Hemmnisse bei der Umsetzung von Maßnahmen (n=110, Mehrfachnennungen möglich).

GESETZLICHE GRUNDLAGE

Knapp 40 Prozent der Befragten gaben an, dass eine gesetzliche Grundlage existiert und sie diese für ihr Verwaltungshandeln im Bereich Klimawandel und Gesundheit kennen. Am häufigsten wurden hier die Landes-Klima(schutz)gesetze genannt (beispielsweise in Baden-Württemberg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz), gefolgt von den landesspezifischen ÖGD-Gesetzen (Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst) und dem Bau-Gesetzbuch. Einige Personen gaben zudem die jeweiligen kommunalen Anpassungsstrategien an – die rein formal keine rechtliche Grundlage darstellen, aber im Verwaltungshandeln scheinbar dennoch eine wichtige Handlungsorientierung sind.

ERFOLGSFAKTOREN UND HEMMNISSE

Die Existenz einer gesetzlichen Grundlage wurde allerdings nur von einem Viertel der Befragten als Erfolgsfaktor für die Umsetzung von Maßnahmen genannt. Wichtiger scheinen hingegen „motivierte Einzelpersonen“ (von 65 % der Befragten genannt). Das heißt, es braucht – trotz gesetzlicher Grundlagen, Betroffenheit und Handlungsdruck – Personen, die sich dieses Querschnittsthemas annehmen, es vorantreiben und sich für die Umsetzung von Maßnahmen einsetzen (sogenannte „Kümmerer“). Ebenfalls oft genannte Erfolgsfaktoren sind Fördermittel beziehungsweise Drittmittel für Maßnahmen, die Motivation durch Betroffenheit sowie ein politischer Beschluss. Etwas seltener genannt wurde der Erfolgsfaktor „wissenschaftliche Unterstützung“ bei der Umsetzung von Maßnahmen. Geantwortet haben hier nur die Befragten, die bereits mindestens eine Maßnahme umgesetzt hatten.

Passend zu den Erfolgsfaktoren steht auf der Liste der Hemmnisse der Punkt „fehlende Personalressourcen“ ganz oben in der Rangfolge der Nennungen (73 % der Befragten). Dem Erfolgsfaktor „Fördermittel“ steht das Hemmnis „fehlende finanzielle Ressourcen“ gegenüber, dem Erfolgsfaktor „politischer Beschluss“ der „fehlende politische Wille“, der bei 27 Prozent der Befragten ein

Hemmnis bei der Umsetzung von Maßnahmen darstellt. Außerdem genannt wurden ein fehlendes Wissen um Betroffenheit, eine fehlende Betroffenheit, das fehlende Wissen um die Wirksamkeit von Maßnahmen sowie die Einschätzung, ob beziehungsweise dass bisherige Maßnahmen bereits ausreichen.

FINANZIERUNG DER MASSNAHMEN

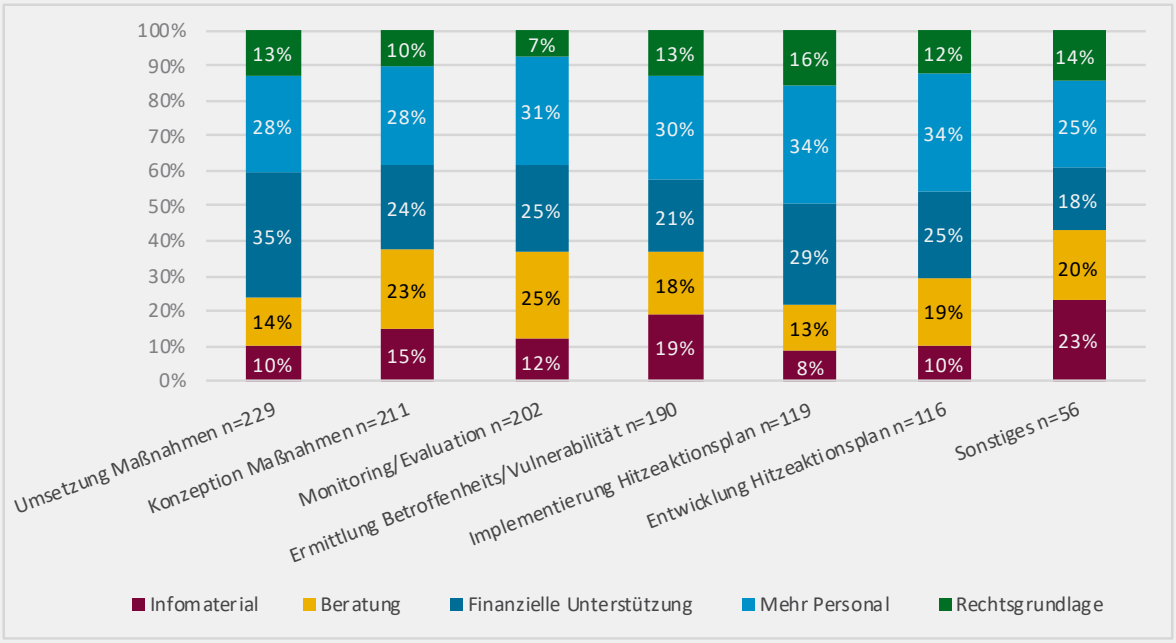
Knapp die Hälfte der Befragten gab als Grund für die Nicht-Umsetzung von Maßnahmen fehlende finanzielle Ressourcen an. Eine Analyse der Finanzierung von bereits umgesetzten beziehungsweise in Umsetzung befindlichen Maßnahmen zeigt, dass die Hälfte der Befragten Maßnahmen im Bereich Hitze und Gesundheit überwiegend aus Eigenmitteln finanziert. Weitere 33 Prozent gaben an, die Finanzierung teils aus Eigenmitteln und teils aus Drittmitten zu stemmen. Nur etwa 10 Prozent der Befragten gaben an, dass die Maßnahmen überwiegend aus Drittmitteln finanziert wurden.

UNTERSTÜTZUNGSBEDARF

Die Befragten wurden darüber hinaus gebeten, Angaben zum Unterstützungsbedarf in sechs Handlungsfeldern zu machen (ABBILDUNG 5, x-Achse). Es wurden außerdem verschiedene Bereich beziehungsweise Arten der Unterstützung abgefragt (ABBILDUNG 5, Säulenabschnitte).

Die große Mehrheit der Befragten gab in fast allen Handlungsfeldern in mindestens einem Bereich Unterstützungsbedarf an. 93 Prozent beziehungsweise 91 Prozent der Befragten haben Unterstützungsbedarf bei der Implementierung oder Entwicklung von Hitzeaktionsplänen. Der geringste Unterstützungsbedarf wurde mit 77 Prozent für die Ermittlung von Betroffenheit/Vulnerabilität angegeben. Innerhalb der einzelnen Handlungsfelder besteht besonders oft Unterstützungsbedarf im Bereich Personal (hellblau) und Finanzen (dunkelblau). Beratungsbedarf (gelb) besteht vor allem im Bereich Monitoring und Evaluation (hier wurden bislang vergleichsweise wenige Maßnahmen umgesetzt), im Bereich der Konzeption von Maßnahmen und bei der Ermittlung von Betroffenheit.

ABBILDUNG 5
Unterstützungsbedarf und Art des Bedarfs in verschiedenen Handlungsfeldern (n=116, Mehrfachnennungen möglich).



FAZIT DER ONLINE-BEFRAGUNG

Die Online-Befragung zeigt eine Momentaufnahme aus dem späten Frühjahr 2020. Begleitende Recherchen und die Analyse der Antworten zeigen, dass sich zum Thema Hitze und Gesundheit gerade viel bewegt. In vielen Städten steht das Thema auf der Agenda, und die Kommunen sind sich der Betroffenheit durchaus bewusst. Einiges wurde schon initiiert und umgesetzt, viel ist aber gerade auch noch in der Planung. Allerdings fehlt es den Kommunen oft an personellen Ressourcen, um das Thema anzugehen. Darüber hinaus wurden fehlende finanzielle Mittel häufig als hindernder Faktor dafür genannt, dass bisher noch keine oder nur wenige Maßnahmen umgesetzt werden konnten. Hier könnte der Bund zum Beispiel mit Förderprogrammen unterstützen.

Auch wird deutlich, dass bereits eine Vielzahl an Informationsmaterial zum Thema Hitze und Gesundheit zur Verfügung steht, dennoch gibt es bei vielen Kommunen Beratungsbedarf, sei es bei der Konzeption von Maßnahmen oder der Entwicklung von Hitzeaktionsplänen. Hier knüpft auch das laufende BMU-Vorhaben „Analyse der Wirksamkeit von gesundheitlichen Anpassungsmaßnahmen im Rahmen von Hitzeaktionsplänen sowie Klimaanpassungsdiensten“ (2019–2022; FKZ 3718 48 215 0 Link zur Projektseite: https://www.hs-fulda.de/pflege-und-gesundheit/forschung/forschungsschwerpunkte/klimawandel-und-gesundheit/hitzeaktionsplaene/) an, in dessen Rahmen nicht nur die hier vorgestellte Online-Befragung durchgeführt wurde, sondern auch Ressourcen für die Beratung von Kommunen eingeplant sind. Weiterhin ist eine bundesweite Vernetzung von Kommunen sinnvoll, um voneinander zu lernen und Erfahrungen zu teilen.

NEUE MITMACH-KAMPAGNE „SCHATTENSPENDER“

Die oben vorgestellten Umfrageergebnisse zeigen, dass einige Kommunen ihre Bevölkerung bereits auf Online-Portalen oder mit Informationsflyern über die gesundheitlichen Gefahren von Hitze informieren. Allerdings äußerten auch viele Kommunen weiteren Unterstützungsbedarf bei der umfassenden Kommunikation und Sensibilisierung zu dem Thema, beispielsweise mithilfe von Vorlagen für Kommunikationsprodukte. Eine weitere vertiefende Umfrage des Umweltbundesamtes (UBA) im Herbst 2020 hat diese Wünsche nach unterstützenden Kommunikationsmaßnahmen genauer unter die Lupe genommen und festgestellt, dass die überwiegende Mehrheit der 123 befragten Kommunen sich individualisierbare digitale Vorlagen und Aktions- und Ideenleitfäden wünscht. Auch Mustertexte und Vorschläge für Netzwerk- und Medienarbeit wurden als hilfreich bewertet.

Hier setzte das UBA an: Die Broschüre „Hitzeknigge“ (ABBILDUNG 6) wurde aktualisiert und die bislang einmalig durchgeführte „Aktion Schattenspender“ um ein individuell durchführbares Kampagnenkonzept und eigenständig nutzbare Materialien erweitert.

Die neue Mitmach-Kampagne „Schattenspender“ befähigt Gemeinden sowie interessierte Verbände und Privatpersonen, das Thema Hitzebelastung auf attraktive und öffentlichkeitswirksame Weise sichtbar zu machen. Dazu schlägt der Kampagnenleitfaden „Spenden Sie Schatten!“ (ABBILDUNG 7) vielfältige Aktionsideen zur Sensibilisierung der Bevölkerung vor Ort vor und stellt umfangreiche Kampagnenmaterialien bereit. Zentrales Element der Kampagne ist die 14-seitige Broschüre „Hitzeknigge“: eine einfach aber konkret formulierte Hilfe für die Bevölkerung und insbesondere für vulnerable Gruppen, die Hitzegefahren benennt, Empfehlungen zum Hitzeschutz, Angebote zur Beobachtung der eigenen Verhaltensweisen und Anregungen zur Veränderung gibt. Das Besondere dabei ist, dass Gemeinden diesen

ABBILDUNG 6
Titelseite der neuen Broschüre „Hitzeknigge".

ABBILDUNG 7
Titelseite des Kampagnen-Leitfadens „Schattenspender".

„Hitzeknigge" selbstständig um ihr Logo, ihre Ansprechpersonen und auch eigene Inhalte beliebig erweitern können.

Neben der zentralen Hitzeknigge-Broschüre umfasst das Materialpaket Vorlagen für Poster, Postkarten, Aufkleber, genauso wie Online-Banner und Sharepics für die Sozialen Medien. Der Kampagnenleitfaden erklärt, wie diese Materialien eingesetzt werden können und enthält darüber hinaus Textbausteine und Hinweise für eine erfolgreiche Öffentlichkeits- und Pressearbeit. Damit Kommunen die Kampagne breit aufbauen können, gibt der Leitfaden auch Hilfestellungen für die Netzwerkarbeit und die Einbindung anderer relevanter Akteure aus dem Gesundheits- und Umweltbereich. Abschließend werden auch Beispiele vorgestellt, wie Kommunen das Thema Hitze und Gesundheit bereits gut kommunizieren, so etwa das Hitzetelefon in Kassel oder die Coole Straße in Wien.

Der Kampagnenleitfaden, die Materialien sowie der Hitzeknigge sind auf der Webseite www.umweltbundesamt.de/schattenspender frei verfügbar. Die individualisierbare Variante des Hitzeknigge stellt das UBA gerne auf Anfrage bereit.

LITERATUR

Blättner B, Janson D, Roth A et al. (2020): Gesundheitsschutz bei Hitzeextremen in Deutschland: Was wird in Ländern und Kommunen bisher unternommen? In: Bundesgesundheitsblatt 63:1013–1019.

Bundesregierung (2020): Zweiter Fortschrittsbericht zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimawandel_das_2_fortschrittsbericht_bf.pdf (Zugriff am: 12.01.2021).

Bundesregierung (2015): Fortschrittsbericht zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimawandel_das_fortschrittsbericht_bf.pdf (Zugriff am: 12.01.2021).

Bundesregierung (2011): Aktionsplan Anpassung der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. https://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/aktionsplan_anpassung_klimawandel_bf.pdf (Zugriff am: 12.01.2021).

Bundesregierung (2008): Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel. https://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/das_gesamt_bf.pdf (Zugriff am 12.01.2021).

Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.) (2017): KAK-DUS Klimaanpassungskonzept für die Landehauptstadt Düsseldorf. https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimaanpassung/kurzfassung_klimaanpassungskonzept.pdf (Zugriff am: 17.11.2020).

KONTAKT

Theresa Kaiser
adelphi gGmbH
Alt-Moabit 91
10559 Berlin
E-Mail: kaiser[at]adelphi.de

Anfragen zum „Hitzeknigge“ und zur Kampagne „Schattenspender“ an:

Kirsten Sander
Umweltbundesamt
Fachgebiet I 1.6 „Kompass – Klimafolgen und Anpassung in Deutschland“
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau
E-Mail: kirsten.sander[at]uba.de

[UBA]